

Das Endergebnis der Wahlen.

Berlin, 19. Juni. Der Reichsanzeiger veröffentlicht nunmehr das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 590 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Deutschnationale Volkspartei	66
Deutsche Volkspartei	62
Zentrum	68
Demokraten	45
Bayrische Volkspartei	21
Bayrischer Bauernbund	4
Deutschnationalliberaler	5
Mehrheitssozialdemokraten	112
Unabhängige	81
Kommunisten	2

Sozialdemokratischer Parteitag im Oktober in Kassel.

Berlin, 19. Juni. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, den nächsten ordentlichen Parteitag in der ersten Hälfte des Oktobers nach Kassel einzuberufen.

Streik in den Halle'schen Elektrizitätswerken.

Halle, 19. Juni. Seit gestern mittag streiken die Arbeiter der Elektrizitätswerke wegen erneuter Lohnforderungen. Die elektrische Beleuchtung und der Betrieb der elektrischen Bahnen ist eingestellt.

Schändtat farbiger Franzosen.

Frankfurt, 18. Juni. Erst jetzt wurde, wie der Frankf. Ztg. aus Limburg gemeldet wird, eine schändliche Gewalttat der französischen Besatzungstruppen bekannt, die sich am Pfingstmontag an der Straße zwischen Wiesbaden und Limburg ereignet hat. Vier Marokkaner von den dort an der Grenze des besetzten Gebiets ausgestellten Posten überfielen gegen Abend 2 Mädchen aus dem benachbarten Limburg. Während es einem gelang, sich loszureißen, wurde das andere hinter das Gebäude geschleppt und von den vier Unholden der Reihe nach vergewaltigt. Die Empörung der dortigen Landbevölkerung ist umso begreiflicher, als der im vergangenen Sommer in unmittelbarer Nähe begangene Lustmord an einem aus Limbach stammenden Mädchen, der nach offenkundigen Anzeichen ebenfalls von Farbigen begangen wurde, noch ungesühnt ist.

Von der Dorpater Konferenz.

Helsingfors, 18. Juni. Da die russischen Vertreter an ihrem Standpunkte festhielten, führten die Verhandlungen der Mission für territoriale Fragen der Dorpater Konferenz zu keinem Ergebnis.

Helsingfors, 18. Juni. Die finnischen Bevollmächtigten haben, wie aus Dorpat gemeldet wird, die von den Russen vorgelegten Bedingungen für den Abschluß eines Waffenstillstandes nicht angenommen.

Der Aufstand in Cilizien.

London, 19. Juni. Nach den letzten aus Kleinasien eingetroffenen Nachrichten ist die Lage in Cilizien sehr ernst. Es finden sehr viele Mordfälle statt. Die Nationalisten richten alle politischen Gegner hin, die in ihre Hände fallen. Auch in Syrien werden die Zustände von Tag zu Tag erster. Ein Heer von Freiwilligen ist in der Bildung begriffen. Nach den letzten Berichten des den Alliierten ergebenden Emirs Faisal verlangen die Syrier vollständige Freiheit. Der Emir rät den Alliierten, den Friedensvertrag mit der Türkei zu ändern.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, Schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Börsenplätze	18. 6.		17. 6.		Stand 1. S. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1883,60	1866,40	1893,60	1896,40	170 Mk.
Dänemark . . . Kronen	639,35	640,69	649,35	650,65	112 "
Schweiz . . . Franc	—	—	—	—	72 "
Amerika . . . Dollar	38,57 1/2	38,67 1/2	—	—	4,40 "
England . . . Pfund	153,55	153,95	154,55	154,95	20,20 "
Frankreich . . . Franc	307,20	307,80	—	—	80 "
Italien . . . Lire	232,25	232,75	224, —	224,50	80 "
Österreich . . . Kronen	26,34 1/2	26,40 1/2	26,09 1/2	26,15 1/2	85 "
Ungarn . . . Kronen	26,97	27,03	21,97	22,03	85 "
Tschechien . . . Kronen	85,90	86,10	85,40	85,60	85 "

Berliner Produktverkehr. Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktbörse am 18. Juni: Hafer per 1000 Kilogramm auf Abladung 2300—2320 Mark ab schlesischen Stationen, 2360 Mark ab pommerschen Stationen. Tendenz ruhig.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriererbsen 120 bis 140 Mark, gelbe und grüne Erbsen 100—125 Mark, Beluschen 85—95 Mark, Ackerbohnen 85—95 Mk., Bicken 70—75 Mark, Lupinen 49—65 Mark, Serradella 42—50 Mark, Wiesenheu, lose 18—20 Mark, Stroh, drabgepreßt 8—9 1/2 Mark, gebündelt 8—9 Mark, Trockennickel 57—63 Mark, Patent Steffen 95 bis 100 Mark.

* Noch eine Erhöhung der Eisenbahngütertarife. Die Münchener Abteilung des Reichsverkehrsministeriums teilte auf eine Anfrage mit, daß nicht die Absicht bestehe, die Personentaxe im Eisenbahnverkehr neuerdings zu erhöhen. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die Eisenbahngütertarife noch weiter erhöht werden. Die Erhöhung werde sich wahrscheinlich zwischen 30 und 50 % bewegen.

Angestellten-Versicherung.

Ausdehnung und Umfang der Versicherungspflicht.

Die Versicherungspflicht nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte erstreckte sich ursprünglich auf Angestellte mit einem Jahresarbeitsverdienst von 5000 Mark. Diese Verdienstgrenze wurde durch eine Verordnung vom 28. August 1918 auf 7000 Mark erhöht.

Das neue Gesetz über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht vom 31. Mai 1920 dehnt die Versicherungspflicht auf Angestellte aus, deren Jahresarbeitsverdienst 15 000 Mark nicht übersteigt. Kalendermonate, in denen nach dem neuen Gesetz wiederversicherungspflichtige Angestellte aus der Versicherung ausgeschlossen waren, weil ihr Jahresarbeitsverdienst mehr als 7000 Mark betrug, werden als Beitragsmonate auf die Erhaltung der Anwartschaft angerechnet. Wenn ein solcher Angestellter von dem Rechte der freiwilligen Versicherung für die zurückliegende Zeit, während welcher er nach dem 1. September 1918 nicht versicherungspflichtig war, Gebrauch macht oder gemacht hat, so gelten die für diese Zeit entrichteten Beiträge als Pflichtbeiträge im Sinne des § 48 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, betreffend Wartzeit, nicht aber im Sinne des § 393, betreffend Erhaltung von Beiträgen, jedoch nur insoweit, als ihre Beiträge mindestens in der Gehaltsklasse des letzten Pflichtbeitrags vor dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht entrichtet sind oder gültig nachentrichtet werden.

Angestellte, die infolge der Erweiterung der Versicherungspflicht versicherungspflichtig werden, ohne bereits versichert zu sein, werden auf Antrag von der Beitragsleistung befreit, wenn für sie bis einschließlich 30. Juni 1920 bei öffentlichen oder privaten Lebensversicherungsunternehmen der Abschluß eines Versicherungsvertrages beantragt worden ist und der Jahresbetrag der Beiträge für diese Versicherung am Tage des Befreiungsantrags mindestens ihrem Anteil an dem Beitrag der Gehaltsklasse I gleichkommt. Dasselbe gilt für die infolge Erhöhung ihres Jahresarbeitsverdienstes aus der Versicherungspflicht ausgeschiedenen, jetzt wieder versicherungspflichtig gewordenen Angestellten. Der Antrag muß bis zum 1. September 1920 gestellt sein.

Angestellte, die wegen Erhöhung ihres Verdienstes nach dem 1. September 1918 aus der Versicherung ausgeschlossen waren, sind auch dann zur Weiterversicherung berechtigt, wenn sich ihr Jahresarbeitsverdienst auf über 15 000 Mk. nach dem 1. Mai 1920 erhöht hat oder noch erhöht.

Die Reichsversicherungsanstalt kann in den ersten drei Jahren nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes einzelnen neu versicherungspflichtig gewordenen Angestellten nach vorhergehender Unteruchung gestatten, die Wartzeit zum Bezuge der Leistungen durch Einzahlung der entfallenden Prämienreserve abzulösen. Für infolge der Erweiterung der Versicherungspflicht versicherungspflichtig gewordene Angestellte genügt in den ersten 10 Jahren nach dem Eintritt in die Versicherung zur Erfüllung der Wartzeit bei den Hinterbliebenenrenten das Zurücklegen von 60 Beitragsmonaten auf Grund der Versicherungspflicht. Ferner steht bei ihrem Ableben innerhalb der ersten 15 Jahre der hinterlassenen Witwe oder dem Witwer oder den hinterlassenen Kindern unter 18 Jahren ein Anspruch auf Erhaltung der Hälfte der für den Verstorbenen eingezahlten Beiträge zu, bei der freiwilligen Versicherung drei Viertel. Neu auf Grund dieses Gesetzes versicherungspflichtig gewordene Angestellte, die beim Inkrafttreten desselben das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit; doch ist der Befreiungsantrag innerhalb der ersten drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zu stellen.

Wenn die Entrichtung der zur Erhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge für einen versicherungspflichtigen Angestellten aus einem nicht in seiner Person liegenden Grunde unterblieben ist, so erlischt die Anwartschaft nicht, wenn der Versicherte bis zum 31. Dezember 1921 die Wiedereinrichtung der Anwartschaft bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beantragt. Der Versicherte kann auch innerhalb der gleichen Frist Pflichtbeiträge, deren Entrichtung aus einem nicht in seiner Person liegenden Grunde unterblieben ist, sämtlich oder teilweise nachentrichten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die Abgeordneten der Reichsliste. Nach amtlicher Feststellung sind 466 Abgeordnete zum Reichstag gewählt. Es entfallen auf die Reichslisten für die Sozialdemokratie 8 Sitze, die U. S. P. 7, für das Zentrum 6, die Deutschen Demokraten 8, die Deutschnationale Volkspartei 9, die Deutsche Volkspartei 8, den Bayerischen Bauernbund 1, die christlich-föderalistische Partei 3.

* Die Reichsschulkonferenz nahm die Berichte der Ausschüsse entgegen, wobei es bei der Einleitung zu scharfen Zusammenstößen zwischen Rechts (Anhängern der bisherigen Schule) und Links (Schulreformern) kam. Eine Rechtsmehrheit von 256 Stimmen gegen 203 Stimmen von Links lehnte die Vornahme von Bestimmungen auf der Konferenz überhaupt ab.

* Der Reichspräsident an die Marine. Der Reichspräsident hat an die Reichsmarine einen Erlaß gerichtet, worin er „allen denen, die in den Tagen der Unruhen treu zur Reichsverfassung und zur verfassungsmäßigen Regierung gestanden haben, und denen, die sich um Erhaltung von Ruhe und Ordnung in der Marine und um die Weiterführung der Dienstgeschäfte in der Zwischenzeit bemüht haben, den Dank des Vaterlandes ausdrückt, und alle Offiziere, Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aufzordert, die Reihen zu schließen zu treuer Mitarbeit am Wiederaufbau der Marine zum Besten des Vaterlandes und seiner Zukunft.“

* Süddeutsche Zusammenschlußpläne. Im badischen Landtag wurde neuerdings die Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg erörtert. Abgeordnete der deutschnationalen Volkspartei wie der Sozialdemokratie traten lebhaft für eine Zusammenlegung der badischen und württembergischen Staatsverwaltungen mit Einschluß von Hessen und Hohenzollern ein. Der Vertreter der Zentrumspartei führte aus, diese Frage sei nicht so unbedingt zu lösen. Der badische Staat sollte an dem geringen Teil von Selbständigkeit, das er heute noch besitze, auch weiterhin festhalten. Von einem demokratischen Abgeordneten wurde ausgeführt, Baden hätte im Reichsrat eine viel wichtigere Vertretung, wenn es mit Württemberg zusammenginge. Bei einem Zusammenschluß von Baden und Württemberg und Hessen dürfe man die Pfalz nicht vergessen. In der demokratischen Fraktion seien aber die Ansichten über die Zusammenlegung dieser Staaten sehr geteilt.

Deutsch-Österreich.

* Der Boykott gegen Ungarn. Die Wiener Wälder veröffentlichten die von den österreichischen Eisenbahnern zur Durchführung des Boykotts gegen Ungarn getroffenen Bestimmungen. Der Schnell- und Personenzugverkehr von und nach Ungarn bleibt vorläufig aufrecht erhalten. Wie das Blatt weiter mitteilt, hat die der Gewerkschaftskommission angeschlossene Staatsanwaltschafts-Organisation des Post- und

Telegraphenwesens beschlossen, am 19. Juni nachmittags den Brief-, Paket-, Telegramm- und Funkentelegrammverkehr von und nach Ungarn vollständig zu unterbinden, angenommen sind Meldungen für die Entente Missionen.

Frankreich.

* Die schwarzen Besatzungstruppen. In der französischen Kammer erhob nach Beratung des Etats des Kriegsministeriums der Kriegsminister Andre Lefevre Widerspruch gegen die Angriffe von deutscher Seite auf die schwarzen Truppen, das heißt die Senegalesen. Diese gäben keinen Anlaß zu Beschwerden seitens der Bevölkerung, hielten vielmehr Disziplin und achteten die Bewohner. Die von ihnen hervorgerufenen Zwischenfälle seien weniger zahlreich als die bei anderen Truppen.

Rußland.

* Nationalistische Strömung in russischen Meer. Die aus Sowjetrußland eingetroffenen Zeitungen enthalten keine Bestätigung der Meldung, daß General Brusilow verhaftet sei. Aber in den Blättern werden erneute Reibungen zwischen der Sowjetregierung und der militärischen Leitung angedeutet. Trotzki sei jedoch bemüht, die nationalistische Strömung im Roten Meer zu fördern. So haben die Offiziere das Recht erhalten, die militärischen Abzeichen aus der Parazent wieder anzulegen, und den Offizieren ist unbefristete Kommandogewalt verliehen worden im Interesse einer straffen Disziplin.

Persien.

* Ausrufung der Mäterepublik. Der Note revolutionäre Ausrufung von Persien meldet in einer Proklamation die Ausrufung der Mäterepublik in Reich. Die persischen Bolschewisten haben in Telegrammen an die amerikanische und die französische Botschaft die Errichtung eines Noten Ausschusses und die Abschaffung der Monarchie bekanntgegeben und gegen die fortbauende Anwesenheit der englischen Truppen in Persien protestiert. Der Ausschuß beschloß ferner, alle zwischen der englischen und der persischen Regierung abgeschlossenen Abkommen für nichtig zu erklären.

Nahe und Fern.

* Frauenprotest gegen Birnenplakate. 80 Leipziger Frauenvereine haben in einer Eingabe an die Leipziger Handelskammer gegen die Formen der Plakate, die das Schamgefühl verletzen und gegen die guten Sitten verstoßen, scharfen Protest erhoben. Sie wenden sich besonders gegen die unzüchtigen Plakate, die auf der letzten Leipziger Messe hervortraten, und auf denen die Frau fast nur noch in der Verzerrung des Dämonenpaars gezeichnet wurde.

* Der teure Extrazug. In den Tagen des Generalstreiks im März hatte der Aktionsausschuß in Honerswerda von der Eisenbahn die Stellung eines Sonderzuges erzwungen, um 1000 Arbeiter nach Kottbus zum Schutz der Republik zu befördern. Jetzt hat das Verkehrsamt Torgau den beiden Leitern des Aktionsausschusses für den Zug eine Rechnung von 44 282 Mk. zugestellt.

* Millionenverschiebungen. In Hamburg und Umgebung wurden 10 Personen wegen ganz bedeutender Eisenbahndiebstahle und Warenverschiebungen verhaftet. Auch in Wilhelmshagen und in Harburg erfolgten mehrere Verhaftungen. Die Verhafteten haben unter anderem für eine Million Mark Zigaretten, ein Eisenbahnwaggon mit Spirituosen, ein Waggon mit Kautabak, mehrere Waggons Betriebskohlen für die Eisenbahn, zwei Eisenbahnwaggons Stiefel, große Posten Seidenwaren und viele andere Gegenstände gestohlen und verschoben. Die Waren haben einen Wert von vielen Millionen Mark. Sie wurden im Schleichhandel vertrieben. Ein Teil der Verhafteten ist des Diebstahls und ein Teil der Beherer beschuldigt. Bei verschiedenen Verhafteten wurden große Geldebeträge gefunden und beschlagnahmt.

* Zur Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn vom 25. Juni ab wird von „zuständiger“ Stelle mitgeteilt: Wer als Arbeitgeber Gehälter oder Löhne, die nach dem 25. Juni 1920 fällig werden, vor diesem Tage auszahlt, handelt nach § 5 der Reichsabgabenordnung unzulässig und ist nach § 50 des Einkommensteuergesetzes persönlich haftbar. Zudem macht er sich nach § 359 der Reichsabgabenordnung wegen Steuerhinterziehung strafbar. — Da vor ganz kurzer Zeit genau entgegengesetzte Mitteilungen allgemein verbreitet wurden, dürfte eine klare und einwandfreie Stellungnahme des zuständigen Ministeriums am Platze sein.

* Aufdeckung einer großen Gasfälschung. In den städtischen Betriebswerken in Brebach, von wo aus Saarbrücken zum größten Teil mit Gas beliefert wird, ist man einer Gasunterschlagung größten Umfangs auf die Spur gekommen. Die Anlagen wurden anscheinend schon beim Bau so gestaltet, daß ein großer Teil des Gases schon vor der Messuhr durch eine 20 Zentimeter dicke Leitung ungemessen in das städtische Leitungssystem geführt wurde. Es sollen seit dem Bau des Werkes vor etwa zehn Jahren täglich über 5000 Kubikmeter Gas ungemessen bezogen worden sein. Die Nachforderung des Brebacher Werkes wird auf weit über eine Million Mark geschätzt. Eine scharfe Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

* Ein Riesenbetrug. Eine sensationelle Schwindelgeschichte wird aus Budapest gemeldet. Ein junger Mann namens Sellinek hat durch Börsenspekulationen 450 Millionen Kronen erschwandelt und ist mit einem englischen Pass geflüchtet. Er hatte vor einigen Wochen Dollars um 70 bis 80 Kronen billiger verkauft als der Kurs war und hatte sich dadurch das Vertrauen einer ganzen Reihe von Berufs Börsenspielern erworben. Sellinek ließ die Nachricht verbreiten, daß er mit Missionsoffizieren ausgezeichnete Verbindungen habe und mit deren Hilfe Baluten ins Ausland schmuggeln könne. Daraufhin flossen ihm die Millionen zu. Schließlich waren ihm für diesen Zweck 450 Millionen Kronen anvertraut, mit denen er lebt durchgebracht ist.

* Das Ende der Feste Kuffstein. Die Feste Kuffstein, das althistorische Wahrzeichen dieser Tiroler Grenzstadt, soll an ein Wiener Konsortium verkauft und niedergelegt werden. Der Gemeinderat von Kuffstein hat den scharfsten Einspruch dagegen erhoben.

Bunte Tages-Chronik.

Mainz. Hier wurde ein Automobil angehalten, in dem 43 Silberbarren im Gewicht von zehn Zentnern vorgefunden wurden. Die Inhabers des Autos wurden verhaftet.

Wien. Der Dichter Hermann Bahr ist schwer erkrankt. Bahr steht im 57. Lebensjahre.

Werte keine Sinschlerne n. sonst. Offiziere auf den Fußweg.